

# Dresdener Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden  
Nr. 1288, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Die Lehre von Berlin:  
Ninein in die Eisenerne Front!

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbekanntmachungen

Das Blatt von Änderungen in der Redaktion, ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Redaktion der Dresdener Volkszeitung seinen Inhalt

Preis: 1.00 M. wöchentlich  
Abonnement: 1.00 M. wöchentlich  
Einzelhefte: 1.00 M. wöchentlich

Schreibweise: Schriftgröße 10, Schriftart: Fraktur  
Verlag: Dresdener Volkszeitung

Nr. 148

Dresden, Montag, den 27. Juni 1932

43. Jahrgang

## Naziüberfall auf den Vorwärts

Terrorversuche der Berliner SA-Banditen - Kräftige Segenwehr der Republikaner  
Zumult auf dem Vorwärtshofe - Zwei Reichsbannerkameraden verletzt

### Kämpf für die Abrüstung! Aufruf der 2. Internationale

Das Züricher Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erläßt zu dem Appell Hoover's an die Abrüstungskonferenz folgende Kundgebung:

„Die Vorschläge der Vereinigten Staaten haben der Abrüstungskonferenz, die in den technischen Diskussionen zu verhandeln drohte, die Möglichkeit eröffnet, aus der Sackgasse herauszukommen. Die Abrüstungskonferenz steht vor entscheidenden Beschlüssen. Die amerikanischen Vorschläge sind gewiß keine erschöpfende und daher in allen Punkten befriedigende Lösung des Problems, vor dem die Abrüstungskonferenz steht. Sie bedürfen in wichtigen Punkten der Ergänzung, so durch eine weitest gehende Herabsetzung der Militärbudgets, das Verbot der privaten Herstellung und des privaten Handels mit Waffen und Munition, eine strenge internationale Kontrollorganisation, ein internationales Statut der zivilen Flugschiffahrt. Die Annahme der amerikanischen Vorschläge würde nur einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung, eine Herabsetzung der Rüstungen bedeuten. Aber eine Zurückweisung der amerikanischen Vorschläge würde die Hoffnungen auf ein Gelingen der Abrüstungskonferenz zerstören und die europäischen Regierungen mit der Verantwortung beladen, die zur Lösung aller dringlichen Probleme unentbehrliche Mitarbeit der Vereinigten Staaten und die internationale Zusammenarbeit im Kampfe gegen die Weltwirtschaftskrise zu gefährden. Es gilt daher in diesen entscheidenden Tagen, die Regierungen aller Länder zu zwingen, die Möglichkeiten ernsthafter Fortschritte der Abrüstungskonferenz nicht zu zerstören. Es gilt alle Kräfte einzusetzen, um den Widerstand der offenen und versteckten Feinde der Abrüstung zu brechen. Das Büro vertraut darauf, daß die Arbeiterparteien aller Länder, die Bedeutung des Augenblicks erkennend, überall sofort energische Aktionen einleiten, um für ihre Forderung nach Abrüstung und Frieden zu demonstrieren und auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, damit der gegenwärtige kritische Moment zur Durchsetzung ernsthafter Abrüstungsmassnahmen ausgenutzt wird.“

### Was sagt Hindenburg?

Der heftige Staatspräsident über die Bindungen zwischen Papen und Hitler

Darmstadt, 26. Juni. (Eig. Draht.) Der heftige Staatspräsident Dr. Hindenburg äußerte sich am Sonnabend den Journalisten über die innerpolitische Krise wie folgt:

„In Hessen besteht ein Unruheverbot nicht mehr. Das Demonstrationsverbot hat sich mit Rücksicht auf blutige Zusammenstöße während der Hessenwahlen wieder notwendig gezeigt. Die Verfassungen, die auch die heftige Regierung an die Aufhebung des SA- und des Unruheverbotes durch das Reichskabinett geknüpft hat, sind leider in Erfüllung gegangen. In der Zeit politischer Stille, in der die Verfassung durch rednerische und journalistische Fingertänze und Beschimpfungen der Staatsorgane in unerhörter Weise provokiert wird, mußte die Wiederherstellung der verbotenen Parteiformen natürlich aufreißend wirken und die Zustände noch verschärfen. Es ist charakteristisch, daß die nationalsozialistischen Kreise, die sich in heftiger Weise hervorgetan, nunmehr für ihre Privatarmee das Recht des 'Selbstschutzes' verlangen. Dann selbstverständlich würden auch alle anderen Organisationen dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Ein ganz unmöglicher Zustand. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Reichsminister des Innern sich darüber selbst klar ist, welchen gefährlichen Weg es darstellt, die Willkürmacht der Länder einzuschränken, und daß damit der Schutz für Leben und Gesundheit der Bürger beeinträchtigt würde. Ich glaube aber, daß das Reichskabinett den Nationalsozialisten gegenüber Bindungen eingegangen ist, denen es sich nicht zu entziehen vermag. Wir leben in der Zeit gefährlicher innerer Krise.“

Der Herr Reichspräsident Dr. Hindenburg hat die Aufhebung des Unruhe- und des SA-Verbotes am 26. Juni beschlossen.

Der Herr Reichspräsident Dr. Hindenburg hat die Aufhebung des Unruhe- und des SA-Verbotes am 26. Juni beschlossen.

Berlin, 26. Juni.  
Am Sonnabend nachmittag kurz vor 17 Uhr wurde in Berlin in der Friedrichstraße ein Propagandawagen der Sozialdemokratischen Partei von einem Haufen uniformierter Nationalsozialisten, die von der Seemannstraße herangeführt kamen, überfallen. Die Insassen wurden verprügelt.

Im Anschluß daran stürmte eine Menge von 150 bis 200 Nationalsozialisten auf ein Pfeifensignal hin vom Falken Tor und vom Belle-Alliance-Platz her auf den Eingang des Vorwärts-Hauses in der Lindenstraße zu. In der Lindenstraße wurden mehrere Personen, die das Abzeichen der Eisernen Front trugen, überfallen und geschlagen.

Der nationalsozialistische Haufe drang dann in den Torweg des Vorwärts-Gebäudes ein. Hier kam es zu einem wilden Durcheinander zwischen den eindringenden Nationalsozialisten und dem Hauswächter des Vorwärts. In diesem Handgemenge fielen Schüsse. Zwei Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist wurden verwundet. Der Nationalsozialist erhielt einen Handwund, der eine Reichsbannerfrau einen Wundenschuß, der andere einen Streifschuß am Ohr.

Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

In Berlin hat, wie uns weiter gemeldet wird, der planmäßig vorbereitete Überfall großes Aufsehen erregt. Einzelne Zeitungen gaben Extrablätter heraus. Bis in die späten Abendstunden war das Vorwärts-Haus von Menschenmengen umlagert. Ueber den Sturm selbst gibt ein Angehöriger des Vorwärts-Berlages, der Augenzeuge des Angriffs war, folgenden Bericht:

Ich befand mich zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags im Schutzhelb-Restaurant am Belle-Alliance-Platz zwischen Friedrich- und Lindenstraße. Als ich lärm auf der Straße hörte, ging ich hinaus und sah einen Trupp Nationalsozialisten im Sturmschritt

in der Friedrichstraße. Sie fielen über unseren Propagandawagen her, der in der Friedrichstraße, unweit des Belle-Alliance-Platzes, stand. Der Fahrer setzte sich gegen die Angreifenden mit einer Eisenkette kräftig zur Wehr. Das Publikum nahm Partei gegen die Nazis und wurde darauf von ihnen bedroht. Ich sah, daß der Alarm-Händler, der an der Ecke der Friedrichstraße steht, nach dem Vorwärts zulief. Mit ihm kamen 2 bis 3 Reichsbannerkameraden zurück. Sie wurden von den SA-Leuten sofort angegriffen. Ein Nationalsozialist gab einen Signalpfeif ab, darauf stürmten sofort 150 bis 200 Nationalsozialisten vom Belle-Alliance-Platz und vom Falken Tor her auf die Ecke der Lindenstraße zu. Sie lösten im Laufes Koppel und Schulterriemen. Einige Führer schienen sie aufhalten zu wollen, aber auf neue Signalpfeife hin stürmten sie auf die Lindenstraße zu.

Ich wurde mit einer Menschenmenge in die Lindenstraße hineingedrückt und sah zunächst, wie zwischen der Ecke der Lindenstraße und dem Café Venezia (einem Kaffeehaus, gerade gegenüber dem Vorwärts) 20 Nationalsozialisten einen Schutzbewachen umringten, der einen Mann mit dem Eisernen-Front-Abzeichen vor den Nationalsozialisten schützte. Ich ging dann über die Straße nach dem Vorwärts-Hause und sah, wie links vom Eingang die Nationalsozialisten auf einen Mann einschlugen. Eine große Menschenmenge war zugegen. Ich bekam plötzlich einen Stoß und fiel gegen ein Lieferauto, wobei mir der Arm aufgerissen wurde.

Als ich aufstand, sah ich, wie im Torweg selbst eine regelrechte Schlacht im Gange war. Die Nationalsozialisten schlugen mit Fahnenstangen in den Ärmel hinein. Pöbellich schürmten einige Nazis heraus. Sie schrien, sie haben einen in den Bauch geschossen. Sie hielten eine Autotage an. Aus dem Torweg wurde ein Verwundeter in die Tasse getragen. Fast zur gleichen Zeit kamen zwei Lieferwagen der Polizei. Die Nazis wurden abgedrückt. Ich hörte, wie die Abziehenden laut riefen, daß sie wiederkommen und blutige Rache nehmen würden.

## Der Schuldige heißt Goebbels!

Brief der SPD-Leitung an den Reichspräsidenten

D. Berlin, 27. Juni. (Eig. Draht.)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erlaubt sich, Ihnen Kenntnis zu geben von folgenden Vorgängen: Gestern, Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, überfielen uniformierte SA-Leute in der Friedrichstraße einen Propagandawagen unserer Partei und schlugen einen unserer Zeitungshändler. Im Verlauf des Handgemenges drangen sie in das Vorwärts-Gebäude ein, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit dem Hauswächter und zu mehrfachen Verletzungen kam. Wie es zu solchen Überfällen kommt, darüber gibt Auskunft der nationalsozialistische Angriff, der am Mittwoch dieser Woche schreibt: „Sie sollen sich nicht so sicher fühlen in ihren Parteibüros und ihren Redaktionsstuben im Plebiscit-Gebäude, in der Lindenstraße, bei Ulbricht, bei Woffe und bei Steinthal.“ Das ist eine direkte Aufforderung zu den Überfällen, wie sie sich jetzt ständig wiederholen. Sie stehen im krassen Gegensatz zu Ihrer Erwartung, Herr Reichspräsident, die Sie bei Erlass der letzten Notverordnung kundgegeben haben, daß nach der Aufhebung des SA-Verbotes Gewalttätigkeiten unterbleiben würden.

Su dem Zweck, mit allen verfassungsmäßig zulässigen Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen zu wollen, erlauben wir uns, Sie auf diese trafen Ausschreitungen der

daß die Meinungskämpfe sich in ruhigeren Bahnen abspielen und Gewalttätigkeiten vermieden würden; wenn sich seine Erwartungen nicht erfüllen sollten, so sei es entschlossen, gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Die Erwartungen haben sich, wie vorausgesehen war, nicht erfüllt. Wenn dem nunmehr erwarteten, daß der Herr Reichspräsident, der parteipolitisch nach seiner Seite hin gebunden ist, die Gefahr erkennt und jetzt seine

uniformierten SA-Leute von der Nationalsozialistischen Partei aufmerksam zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Parteivorstand  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von diesem Schreiben wurde dem Reichsinnenminister von Gajl Kenntnis gegeben mit dem Ersuchen, einen Termin zu benennen, an dem die zahlreichen Beschwerden über SA-Ausschreitungen persönlich vorgetragen werden können.

### Der „Angriff“ verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am Sonnabend auf Grund des § 8 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Angriff“ einschließlich der Kopfbücher mit sofortiger Wirkung bis zum 30. Juni 1932 einschließlich verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckausgabe, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz angesehen ist.

Das Verbot erfolgte nicht nur wegen des Wutausbruchs vom 24. Juni mit der Überschrift: „Wage Weich auf der Wacht nach Paris! Schwere Verfehlungen im Amt festgehalten“, in dem ein leitender Beamter des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wird, sondern auch wegen böswilliger Verächtlichmachung von Behörden des Staates, Justiz und Polizeipräsidentium. Weiter wird in dem Artikel „Goebbels' Ultimatum an die Reichsregierung“ zum Angriff auf Leib und Leben Andersdenkender und damit zum Ungehorsam gegen Befehle angewigt.

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ ist wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten ebenfalls auf 5 Tage verboten worden.